

Deutscher Ärztetag fordert umfassenden Schutz der Bevölkerung vor Fluglärm

Der 115. Deutsche Ärztetag hat in einem Beschluss den Bund und die Länder aufgefordert, die Bevölkerung in Deutschland nachhaltig und umfassend vor den Folgen des Flugverkehrs durch Flugzeugabgase und Lärmemissionen zu schützen.

Die EntschlieÙung, die auf Anregung der rheinland-pfälzischen Delegierten in das Bundes-Ärzteparlament eingebracht worden ist, stützt die Forderungen des Arbeitskreises „Ärzte gegen Fluglärm“.

Konkret fordert der 115. Deutsche Ärztetag, das Fluglärmgesetz und weitere Regelwerke kurzfristig so zu überarbeiten, dass die Erkenntnisse aus wissenschaftlichen Studien in den Gesetzen abgebildet werden. Das bestehende Fluglärmgesetz und die untergeordneten Regelwerke sind kurzfristig so zu überarbeiten, dass aktuelle wissenschaftliche Evidenz berücksichtigt wird. Zudem sollen Ärzte und Lärmforscher aktiv in die Überarbeitung der Gesetze und Regelungen einbezogen werden.

Aus Sicht des 115. Deutschen Ärztetages und des Arbeitskreises „Ärzte gegen Fluglärm“ sind die bestehenden Regelungen des Fluglärmgesetzes nicht in der Lage, die Bevölkerung wirksam zu schützen. Die Grenzwerte im Fluglärmgesetz sind deutlich zu hoch und stehen in einem offensichtlichen Widerspruch zur vorhandenen Evidenz aus nationalen wie internationalen Studien.

Erschwerend kommt hinzu, dass die aktuell angewandten Lärmberechnungsverfahren der Problematik der Einzelschallereignisse nicht wirklich gerecht werden. Dies ist unhaltbar, da damit Risiken verharmlost und Kausalitäten sowie Verantwortlichkeiten verdeckt werden.

Die Ärzte kritisieren in ihrem EntschlieÙungsantrag, dass:

- die Bevölkerung in allen Lebensbereichen vom Kindergarten über die Schule, die Wohnhäuser bis zu den Universitäten und Krankenhäusern vermeidbaren Risiken durch Lärm und Emissionen ausgesetzt wird,
- durch Fluglärm vermeidbare Gesundheitsstörungen und Krankheiten ausgelöst werden,
- und durch die falsche Definition von Grenzwerten die kausalen Auslöser negiert, und damit letztlich die Verantwortlichkeiten für die Schädigungen verdeckt werden.

Für die Ärzte ist es nicht hinnehmbar, wirtschaftliche Interessen wider besseres Wissens flächendeckend zu Lasten der Gesundheit und der Lebensqualität der Bevölkerung durchzusetzen. Gerade weil es aus vielen Studien klare Hinweise und Belege für schädigende Wirkungen der Flugemissionen gibt, muss dringend ein Paradigmenwechsel stattfinden.

Die Politiker von Bund und Ländern sind aufgefordert, hier tätig zu werden.

Der Arbeitskreis „Ärzte gegen Fluglärm“ wird sich konstruktiv in die notwendige Diskussion einbringen.

Weiterführende und aktuelle Informationen zur Thematik erhalten Sie vom Arbeitskreis unter www.fluglaerm-fakten.de.

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

Herrn Dr. Jürgen Hoffart,

Vorsitzender der Bezirksärztekammer Rheinhessen, 117er Ehrenhof 3a, 55118 Mainz, Tel.: 06131/3869-32